

## A40 Konsequenzen aus der Bundestagswahl ziehen!

Antragsteller\*in: Hermann Kuhn (Bremen-Mitte KV)  
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge  
Status: Modifiziert

### I.

Sehr viele Mitglieder der Grünen haben in Bremen einen engagierten Wahlkampf gemacht. Damit haben wir das Bremer Mandat verteidigt und zum insgesamt guten Ergebnis der Grünen beigetragen. Dennoch dürfen wir uns mit dem schlechteren Ergebnis gegenüber 2013 nicht einfach abfinden, müssen uns die hohen Verluste in den grünen „Hochburgen“ zu denken geben, besonders im „Viertel“, aber auch in der Neustadt.

Wir sollten die Ursachen für unser Bremer Ergebnis nicht einfach in der allgemeinen Großwetterlage (wie der unklaren Bündnis- und Machtoption) suchen, sondern auch in unserer Landes-, Kommunal- und Stadtteilpolitik in Bremen und Bremerhaven. Da ist die öffentlich sehr kontrovers diskutierte Bilanz der rot-grünen Regierungsarbeit (in Land und Stadt Bremen) zu nennen, die die Diskussionen an den Wahlkampfständen diesmal stark bestimmt hat. Unser Wahlkampf hat darauf zu wenig geantwortet, es fehlten die mobilisierenden Inhalte, die flexibel auf die aktuellen Ereignisse reagierten hätten (Stichwort: Klimakrise). Zugespitzt: Zu viel nur Moderation, zu wenig politische Führung.

Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass die Grüne Partei insgesamt in Bremen – im Land und in der Stadt – gegenwärtig öffentlich zu wenig als die gestaltende politische Kraft wahrgenommen werden konnte, die unser Anspruch und unsere Aufgabe ist.

### II.

Verlauf und Ergebnis des Bremer Bundestagswahlkampfes sind eine deutliche und dringende Aufforderung an uns Grüne in Bremen, in den kommenden sechs bis zwölf Monaten unsere Politik zu überprüfen und gezielt zu verbessern, um selbstbewusst mit grünen Zielen und Vorschlägen in die nächste Bürgerschaftswahl 2019 gehen zu können. Wir müssen uns auf einen eigenständig grünen Wahlkampf vorbereiten, mit dem klaren Ziel, auch zukünftig die Politik in Bremen und Bremerhaven verantwortlich mitzugestalten. Denn eine ökologisch verantwortliche Stadtentwicklung, eine nachhaltige und ausgewogene Finanzpolitik und eine Sozialpolitik gerade für diejenigen, die sie am dringendsten benötigen: Das gibt es nur mit starken Grünen.

Auch deshalb sollten wir gemeinsam klarer und selbstbewusster als bisher die Erfolge der grünen Regierungsbeteiligung in Land und Stadt Bremen hervorheben: Die Einhaltung des Sanierungskurses, auch als Voraussetzung der erfolgreichen Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen; die Schaffung der Voraussetzungen für steigenden Wohnungsbau bei gleichzeitiger größtmöglicher Schonung der Freiflächen und der städtischen Umwelt; die den Menschen zugewandte Aufnahme vieler Flüchtlinge und ihre beginnende Integration – um hier nur einige wesentliche Punkte zu nennen.

Gleichzeitig aber benennen wir auch Fehler, Mängel und dringende Handlungserfordernisse klar und verpflichten uns, an Lösungen zu arbeiten. Wir stellen uns den unvermeidlichen Zielkonflikten einer wachsenden und

- 43 solidarischen Stadt und übernehmen Verantwortung auch mit schwierigen  
44 Entscheidungen. Denn unser Wählerauftrag ist gutes Regieren.
- 45 Die Landesmitgliederversammlung fordert daher Landesvorstand,  
46 Bürgerschaftsabgeordnete, die grünen Mitglieder des Senats und die grünen  
47 Beiräte auf, je nach Verantwortungsbereich, gemeinsam unter anderen folgende  
48 dringenden Vorhaben – Klärung und/oder Umsetzung – im kommenden Jahr in Angriff  
49 zu nehmen:
- 50 1. Stadtteilbezogene Darstellung der Investitionen Bremens (2018 und 2019);  
51 fortlaufende, vorausschauende und zeitnahe Berichterstattung im Internet über  
52 die Fortschritte in Planung und Bau; auch als Grundlage einer grünen  
53 Schwerpunktbestimmung der kommenden Jahre.
- 54 2. Weiterentwicklung – unter anderem durch einen „grünen Ratschlag“ – von  
55 internetbasierten Serviceleistungen für Bürgerinnen und Bürger, bei  
56 Gewährleistung des Zugangs für alle, unabhängig von Ausbildung, Muttersprache  
57 und sozialer Lage.
- 58 3. Unabhängig davon kurzfristig erkennbare Beschleunigung bei der Bewilligung  
59 vor allem von Elterngeld und Wohngeld.
- 60 4. Erarbeitung von neuen und zeitgemäßen Vorschlägen für eine ökologisch  
61 orientierte und frauenspezifische Wirtschaftsförderpolitik in Bremen.
- 62 5. Fortschreibung des Klima- und Energieprogramms, mit Bilanz der bremischen  
63 CO<sub>2</sub>-Entwicklung und Maßnahmenpaket zur Erreichung der Klimaschutzziele nach dem  
64 Bremischen Klimaschutzgesetz.
- 65 6. Aktionsplan für mehr Grün und Baumschutz in Bremen, Verabschiedung einer  
66 Gründachsatzung im Rahmen der Novellierung der Landesbauordnung.
- 67 7. Sicherstellung der politischen Leitbildumsetzung (Stärkung der Innenstadt als  
68 Ganze) bei der städtebaulichen Entwicklung der Innenstadt durch Investoren.
- 69 8. Maßnahmenplan mit ausgewiesenen Flächen zur Förderung der Artenvielfalt und  
70 der „essbaren Stadt“.
- 71 9. Entwicklung eines städtebaulichen Konzeptes für die Rennbahn mit einem  
72 Schwerpunkt der Ansiedlung von Beschäftigten der Betriebe in Hemelingen und  
73 Sebaldsbrück.
- 74 10. Neuordnung der Eigentumsverhältnisse bei Brebau und Gewoba ohne  
75 Zugriffsmöglichkeiten für Finanzinvestoren.
- 76 11. Umsetzung von Tempo 30 vor allen Schulen und Kitas, Krankenhäusern und  
77 Seniorenheimen.
- 78 12. Beschleunigung beim notwendigen Um-, An- und Ausbau von Schulen und  
79 Kindergärten, vor allem auch in den neu geschaffenen Ganztagsgrundschulen, durch  
80 ressortübergreifende Straffung der Verfahren ähnlich wie bei der Schaffung von  
81 Flüchtlingsunterkünften.
- 82 13. Beitrag zur dringend erforderlichen Diskussion mit allen Beteiligten, vor  
83 allem der Lehrerschaft, über die tatsächlichen Ursachen der Ergebnisse von  
84 bundesweiten Leistungsvergleichen und über Möglichkeiten der Verbesserung der  
85 Qualität im Schulunterricht.

86 14. Erarbeitung des grünen Standpunktes zur Weiterführung des „Schulkonsenses“  
87 in Bremen (Zwei-Säulen-Modell, Inklusion u.a.).

88 15. Verlässliche Organisation von nachhaltigem Sprachunterricht und der  
89 Vorbereitung auf auf- und nachholende Schulabschlüsse für junge Geflüchtete, um  
90 die Ausbildungschancen zu erhöhen; Unterstützung bei der Suche und der  
91 Wahrnehmung von Lehrstellen.

92 16. Bessere Unterstützung von alleinerziehenden Frauen, u.a. durch Ausbau der  
93 Teilzeitausbildung und zunächst modellhafter Einführung randzeitenorientierter  
94 Kinderbetreuungsangebote; gezielte Maßnahmen für geflüchtete Frauen  
95 (berufsspezifischer Spracherwerb und Anerkennung von Qualifikationen).

96 17. Erarbeitung eines Spielraum- und Freiraumförderkonzeptes („Stadt in  
97 Bewegung“); Umsetzung zunächst in zwei bis drei Stadtteilen.

98 18. Verabschiedung eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der  
99 Behindertenrechtskonvention.

100 III.

101 Wir müssen vordringlich einen neuen Schub des Meinungsaustausches mit  
102 Bürgerinnen und Bürgern organisieren. Die Landesmitgliederversammlung fordert  
103 deshalb den Landesvorstand und die Untergliederungen der Partei auf, die  
104 gemeinsame Arbeit in den nächsten sieben Monaten (bis zur Sommerpause 2018) in  
105 folgenden Schritten zu strukturieren:

106 Kreisverbände/Stadtteilgruppen laden mit Unterstützung des Landesvorstandes zu  
107 offenen „Stadtteilkonferenzen“ mit Gästen ein, um eine aktuelle Problemanalyse  
108 der jeweiligen Quartiere zu bekommen („Ratschlag unter Freunden“).

109 Die Landesarbeitsgemeinschaften werden aufgefordert, mindestens je eine  
110 öffentliche Diskussion zu organisieren zu einem wesentlichen aktuellen  
111 Problem/Kontroverse.

112 Im Mai und Juni werden jeweils an einem Wochenende an möglichst vielen Punkten  
113 Aktionen „(K)ein Wahlkampfstand“ organisiert. Material: Bestandsaufnahmen in  
114 verschiedenen Politikbereichen über das Erreichte, das (Noch-)Nicht-Erreichte  
115 und die Aufgaben.

116 Im Juni vor der Sommerpause Organisation eines Programmkongresses auf der  
117 Grundlage von Vorlagen der Landesarbeitsgemeinschaften, der Kreisverbände, der  
118 Fachabgeordneten und der grünen Senatsmitglieder.

119 In der Sommerpause Verfassen des Programmentwurfs durch die zu wählende  
120 Programmkommission, Diskussion in der Partei ab September und Verabschiedung im  
121 November/Dezember 2018.

## **Begründung**

Der Antrag geht davon aus, dass wir nach dem Verlauf und dem Ergebnis der Bundestagswahl in zwei Richtungen erkennbare Konsequenzen ziehen sollten. Zum einen (Teil II) in Wahrnehmung unserer Regierungsmitverantwortung eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen und Entscheidungen vorzubereiten (deshalb fehlt hier auch Bremerhaven, da wir da leider nicht mehr mitregieren). Und zum anderen (Teil III) die Organisation eines breiteren Austausches mit der Gesellschaft, um uns Grundlagen für unsere Wahlkampagne 2019 zu erarbeiten.

## **Unterstützer\*innen**

Henrike Müller (KV MÖV); Robert Bücking (KV MÖV); Maike Schaefer (KV Nord); Daniel Buscher (KV MÖV); Helga Trüpel (KV MÖV); Carsten Werner (KV MÖV); Matthias Güldner (KV Kreisfrei)